

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

**Ortsgruppen!**  
Habt ihr schon Vorbereitungen zum **Kampfkongress gegen Faschismus** getroffen?

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 30. Dezember 1930 Nummer 302

## Lohnraubspruch gegen Metallarbeiter gefällt

4 und 5 Prozent Senkung der Hungerlöhne / Metallarbeiter, heraus zum Streik! / Unterstützung des Metallarbeiterkampfes durch die Gesamtarbeiterchaft / Metall- und Bergbauproleten in einer Kampffront / Streift die faschistischen Lohnräuber nieder!

Dresden, den 30. Dezember.  
Unter Vorsitz des Landesgeschäftsführers Dr. Hauschild wurde Montagabend folgender Schiedsspruch für die sächsischen Metallarbeiter gefällt:

Die Löhne der Hundstehlohnarbeiter erfahren ab 1. Januar 1931 eine Senkung von 4 Prozent, die der Arbeiter der anderen 5 Prozent. Die neue Lohnvereinbarung läuft zunächst bis zum 31. März 1931. Erklärungspflicht der beiden Parteien ist der 5. Januar.

5 Prozent Lohnraub für über 90 Prozent der sächsischen Metallarbeiter und 4 Prozent für den übrigen Teil, das ist das Ergebnis der seit Monaten geführten Verhandlungen über die Neuempfehlung des Lohnarbeits für die sächsische Metallindustrie. Was wir seit Monaten betonten, ist Tatsache geworden. Der Versuch der Metallindustriellen in Berlin, der durch die Streikdruckpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer erfolgreich für die Unternehmer verlief und für die Berliner Metallarbeiter einen Lohnraub von 8 Prozent brachte, war die Einleitung der großen Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Denn nach Berlin folgten Hannover, Bielefeld, Breslau, Thüringen, Pöhl, Baden, Rheinland und jetzt Sachjen.

Nachdem die Unternehmer der Metallindustrie ihre Lohnrauboffensive erfolgreich beendet haben, werden die Textilfabriken, die Grubengewaltigen, die Papierfabrikanten, die Unternehmer der Lederindustrie, die Reichsbahn, die Post, die Transport- und Bergbauunternehmen mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen den Lohnraubversuch bei den Arbeitern dieser Industriegruppen durchzuführen.

Aber all diese Lohnraubereien sind nur möglich durch die arbeitgeberfreundliche, wirtschaftspolitische und staatsrechtliche Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer haben den Damm- und später den Youngplan als eine „Er rungenschaft“ bezeichnet und all ihre Kräfte für die Annahme dieser Sklavenverträge eingesetzt. Die internationale Räuberbande verlangt

leicht die Durchführung des Youngplans, die nur auf Kosten der arbeitenden Schichten geht.

**Millardenraub an den Arbeitern, Angestellten und Beamten**  
ist das Ziel des heute in Deutschland herrschenden faschistischen Regimes. 5 Prozent Lohnraub bei den sächsischen Metallarbeitern, bedeutet das man den Kindern der Metallarbeiter den letzten Schluck Milch, das letzte Stück Brot stiehlt, bedeutet auf der anderen Seite die Erhöhung der Gewinne der Unternehmer und erhöhte Dividenden für die Kapitalgeber. Wie gewaltig die aus den Knochen der Arbeiter herausgepressten Summen sind, haben wir gestern nachgewiesen. Aber Reingewinne von 500 000 und 600 000 Mark genügen den Kapitalisten nicht, sie wollen Millionen aus den Knochen der Arbeiter heraus-

schinden. Dazu brauchen sie den Lohnraub und die Einführung verschärfter Nationalisierungsmethoden.

Der Kampf der sächsischen Metallarbeiter gegen den jetzt diktatorischen Lohnraub ist der Kampf gegen die faschistische Diktatur. Die Annahme dieses Lohnraubs würde eine Stärkung der faschistischen Herrschaft bedeuten, die diese Gesellschaft ermordet würde, so rasch wie möglich mit neuen Raubplänen hervorzutreten. Das darf es nicht geben. Kein Betrieb darf widerstandslos sich den faschistischen Lohnräubern fügen. An der einheitlichen und geschlossenen Kampffront müssen die Kämpfe der Arbeiter zerschellen.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie wird gegen diesen Lohnraub gar nichts unternehmen. Sie wird nicht einmal die Arbeiter in den Betrieben zu Betriebsversammlungen zusammen-

## 300 000 Ruhrkumpels streikfertig

Schiedsspruch auf heute verlagert — Lohnraubforderungen der Zechenbarone sollen verwirklicht werden — Die Kumpels haben letzte Streikvorbereitungen getroffen

Essen, den 30. Dezember.  
Die Schlichtungsverhandlungen im Bergbau zwischen den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie unter dem Vorsitz des Prof. Brahn dauerten den ganzen Montag über an. Am Mittwochabend wurden die Verhandlungen auf Dienstag früh verlagert. Im Laufe des Dienstag soll der Schiedsspruch gefällt werden. Nach den Erfahrungen der letzten Monate und nach den Ankündigungen der Brüning-Regierung scheint es so gut wie sicher, daß den Wünschen der Zechenbarone Rechnung getragen wird. Es wird der Versuch unternommen, die Löhne der 300 000 Bergarbeiter zu kürzen. Die Bergarbeiter denken nicht daran, sich einen Lohnraub gefallen zu lassen. Der Streikalarm auf den

Gruben des Ruhrgebietes steigt mit jedem Tag. Am Sonntag hat in Essen der zentrale vorbereitende Kampfausschuss die letzten Streikvorbereitungen getroffen.

## 12 Prozent Lohnerhöhung für die Gowjetkumpels!

Aus Moskau wird gemeldet:  
Die Sowjetregierung beschloß, die Löhne für sämtliche Bergarbeiter im Donzbecken ab 1. Januar 1931 zu erhöhen. Außerdem werden auch die Löhne in den übrigen Bergbaugebieten erhöht. Die Steigerung wird 12 vom Hundert betragen.

## Großer Auftrag der Gowjetunion nach Deutschland

Die Sowjetregierung hat der Kieler Werft Howald einen Auftrag zur Herstellung von 10 Fischerrei-Motoren dampfern in der Höhe von 6 Millionen Mark gegeben. Dadurch ist das Werk in der Lage, für diesen Auftrag 600 Arbeiter 8 Monate lang zu beschäftigen. Der Baubeginn der Dampfer liegt in den ersten Tagen des Januar ein, da die Sowjetregierung an die Vergabe des Auftrags die Bedingung knüpfte, daß die Arbeit sofort in Angriff genommen und Neueinstellungen vorgenommen werden.

## Wer Brot fordert, wird erschossen

Warschau, den 30. Dezember.  
Am 28. Dezember bildete sich im Zentrum Warschaws ein proletarischer Demonstrationzug, der Arbeit und Brot forderte. Die Demonstranten wurden von der Polizei angegriffen, aber die Arbeiter verteidigten sich durch Steinwürfe. Darauf schickte die Polizei die Zahl der Verletzten ist noch nicht festgestellt, doch steht fest, daß viele Arbeiter verletzt sind.

## Mohrentwäsche in der Wirtschaftspartei

Faule Ausreden des Drewwig — Colloffer soll ausgeschlossen werden  
Berlin, den 30. Dezember.  
Die Denkschrift des Reichstagsabgeordneten Colloffer gegen den Vorsitzenden der Wirtschaftspartei, Drewwig, hat die Auseinandersetzungen in der Wirtschaftspartei verschärft. Drewwig verurteilt die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen der Korruption mit faulen Ausreden abzulehnen, jedoch ist er vorläufig juristisch getreten. Der Prüfungsausschuss der Wirtschaftspartei stellte die von Colloffer enthaltene Tatsachen als „harmlos“ hin. Der Parteivorstand will gegen Colloffer ein Schiedsgericht einsetzen mit dem Ziel, ihn aus der Wirtschaftspartei auszuschließen. Nach dem bis jetzt bekannten „Entscheidungen“ hat auch Colloffer selbst allerdings Dred am Steden. Jedenfalls sind sich die „Führer des Mittelstandes“ einander gleich. Diese „Führer“ Herrschaften haben ja in Sachen, wie bei den Betreibern über den Reichstagsbeschluss im Landtag enthält wurde Kampagne.

## Sozialismus statt Sklaverei!

# Durchbruch an der sozialistischen Aufbaufront

„Schweres Gewicht auf Wahl geeigneter Leute“ — Volkskommission zur Beschleunigung des sozialistischen Aufbaues — Stalin im „Rat für Arbeit und Verteidigung“

Moskau, den 28. Dezember.  
Das Zentralerekutivkomitee und der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion haben beschlossen, beim Rat der Volkskommissare — neben dem bereits bestehenden „Rat für Arbeit und Verteidigung“ sowie der „Staatslichen Planwirtschaftskommission“ — eine dritte ständige Kommission: „Volkskommission“ zu bilden. Die Volkskommission wurde folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitzender: Genosse Molotow; stellvertretender Vorsitzender: Genosse Andrejew (stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und Volkskommissar für Arbeiter- und Bauerninspektion). Mitglieder: die Genossen Katschew (Sekretär des ZK der KPSU), Schernik (Sekretär des Zentralkomitees der Sowjetgewerkschaften), und Jurin (Vorsitzender des Zentralverbandes der Kollektivwirtschaftlichen).

In dem Beschluß heißt es: Die Regierung der Sowjetunion hat auf Grund der gemachten Leistungen der ersten zwei Jahre des Fünfjahresplanes für 1931 ein rascheres Tempo des sozialistischen Aufbaues festgelegt und hält es für notwendig, alle Maßnahmen zu treffen, um die Verwirklichung dieses raschen Tempos zu sichern. Gestützt auf den Hinweis Lenins, daß

„Das Schweres Gewicht auf die Wahl geeigneter Leute und auf die Kontrolle der tatsächlichen Durchführung verlegt werden muß“.

aufgelegt die Regierung der Volkskommission die Pflicht, die tatsächliche Ausföhrung der Regierungsentscheidungen auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues durch die tatsächlichen — einschließlich der wirtschaftlichen — Organisationen nachzuprüfen, die Disziplin in allen Gliedern der tatsächlichen Institutionen von oben bis unten zu festigen und besonders gegen den Bürokratismus anzukämpfen, der die wachsende Initiative der Arbeitermassen in Fesseln hält.

Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird auf Grund des Beschlusses des Rates der Volkskommissare aus folgenden Genossen zusammengesetzt: Vorsitzender: Genosse Molotow; stellvertretender Vorsitzender: Genossen Kuchin und Kujbischew; Mitglieder: die Genossen Stalin, Ordichonidse, Woroschilow, Jatsowlew, Grinto, Miskojan und Kalmanowitsch.

Der Beschluß des Zentralerekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Bildung einer Volkskommission beim Rat der Volkskommissare, welcher die Rolle einer obersten Kontrollinstanz übertragen wird, sowie die neue Zusammenlegung des Rates für Arbeit und Verteidigung, sind Beschlüsse von historischer Bedeutung.

Sie wurden diktiert durch die Notwendigkeit, alle Kräfte der Massen, die ganze organisierende und durchführende Macht des Staatsapparates der Sowjetunion für die Verwirklichung der gigantischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaues zu mobilisieren.

Der Staatsapparat muß umgestaltet und mit den Aufgaben, die der Arbeiterklasse durch den gesamten Verlauf der bisherigen Entwicklung und durch die gegenwärtige internationale und innere Lage gestellt sind, in Einklang gebracht werden. Diese Aufgaben sind: die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Freimachung der Sowjetunion von der ausländischen Abhängigkeit auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet, die Festigung der Wehrfähigkeit unteres sozialistisches Landes und eine solche Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der beteiligten werktätigen Massen, die die Sowjetunion in dieser Beziehung auf den ersten Rang in der Welt stellen werden.